

# Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.

Frankfurter Gewerkschaftshaus,  
Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77,  
60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 – 24 24 99.50, Fax: 24 24 99.51  
E-Mail: [Frieden-und-Zukunft@t-online.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@t-online.de)

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Frankfurter Gewerkschaftshaus,  
Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt am Main

**Herrn Mike Josef**  
**SPD-Geschäftsstelle**  
**Fischerfeldstr. 7 - 11**

**60311 Frankfurt am Main**

Frankfurt, den 1. Oktober 2022

## **Rüstungs- und Sozialausgaben im Bundeshaushalt 2023**

Lieber Mike Josef,

anlässlich der Haushaltsberatungen im Bundestag wenden wir uns an Sie mit der Aufforderung, sich gegen die Verschwendung von dringend erforderlichen finanziellen Mitteln für die Menschen im Lande einzusetzen.

Es gab, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, keinen einzigen Tag ohne Krieg auf unserer Welt. über 40 Millionen Menschen, aus allen Kontinenten, sind dabei getötet worden. Der Angriff durch Russland auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat uns in Europa sehr schockiert. Für alle friedliebenden Menschen sind kriegerische Auseinandersetzungen durch nichts zu rechtfertigen. Tausende Tote und Verletzte, zur Flucht gezwungenen Menschen sind immer wieder das Resultat.

Die seit Jahren erfolgende kontinuierliche Aufstockung der Rüstungsausgaben soll im kommenden Jahr durch das sogenannte Sondervermögen mit 100 Milliarden Euro noch erheblich beschleunigt werden. Mehr Waffen schaffen weder Frieden noch mehr Sicherheit. Bereits jetzt übersteigen etwa die Ausgaben für Rüstung aller NATO-Staaten die Ausgaben Russlands um das zwanzigfache. Eine weitere Steigerung dieser Ausgaben in unserem Lande wird die Welt nicht friedlicher werden lassen. Es darf zudem nicht unterschätzt werden, welche negativen Auswirkungen die angekündigte Aufrüstung in unserem Lande haben wird.

Bereits vor dem Ukraine-Krieg haben sich die sozialen Probleme von großen Teilen der Bevölkerung und die Investitions-Rückstände für Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge drastisch verschärft. Diese Erfahrungen gibt es seit vielen Jahren und die angekündigte Erhöhung von Rüstungsausgaben auf bis zu zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden unserer Meinung nach Kürzungen bei sozialen Leistungen zur Folge haben. Dies lehnen wir entschieden ab. Das 100 Milliarden Aufrüstungspaket muss deshalb in ein Sozialprogramm für existenzielle Sicherheit der Menschen in Deutschland umgewandelt werden.

Konflikte und Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Staaten müssen durch Gespräche und friedliche Vereinbarungen gelöst werden. Die internationale Gemeinschaft muss im Rahmen der UNO wieder ein stärkeres Gewicht bei der politischen Regelung von internationalen Streitigkeiten bekommen. Die Bundesrepublik muss, ihren Einfluss in diesem Sinne geltend machen.

Setzen Sie sich für eine notwendige Umschichtung der Haushaltsausgaben ein, die den Bedürfnissen der Menschen im Land gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Willi van Ooyen